

Eine Frage des Respekts

SPD will analoge Angebote erhalten – Senioren würden sonst übergangen

Bad Tölz-Wolfratshausen – Gabriele Skiba weiß sich zu helfen. Ihren Antrag schickte die Wolfratshauserin ganz selbstverständlich per E-Mail an unsere Redaktion. Darin geht es ihr um Menschen, die keine Mails verschicken – weil sie es nicht können oder weil sie es nicht wollen. Die Vorsitzende des SPD-internen Arbeitskreises Ü60 im Landkreis setzt sich dafür ein, dass Senioren bei Dienstleistungen und Behördenangeboten nicht übergangen werden. „Wir kriegen es immer wieder mit, weil uns Menschen darauf ansprechen: Es gibt viele Männer und Frauen, die eben nicht mit dem Smartphone unterwegs sind, keinen Computer haben und sich nicht im Internet auskennen.“ Und dennoch passiere es immer wieder, dass Unternehmen oder Behörden ihre Angebote nur noch digital anbieten. Jüngster Aufreger in der analogen Welt: Die Überlegung, dass es Bahntickets nur noch in digitaler Form geben soll. „Das würde bedeuten, dass ein 75-Jähriger, der sich nicht im Internet auskennt, aber gerne durch Deutschland reist, gezwungen wird, zu Hause zu bleiben“, sagt Skiba.

Sie fordert ihre Partei – die



Nachhilfe am Laptop: Herbert Burger (li.) von den Computer-Senioren gibt einem Rentner im Digital-Café in Wolfratshausen Tipps.
DOMINIK STALLEIN

SPD – auf, aktiv zu werden. „Die Bundesregierung muss eine verbindliche Vorgabe erarbeiten, in der klar festgelegt ist, dass Seniorinnen und Senioren, die (noch) keinen Zugang zu digitalen Medien haben, keine Nachteile erfahren“, schreibt der 60-Plus-Arbeitskreis Bad Tölz-Wolfratshausen. „Ich glaube, niemand macht das mit Absicht, aber es ist Fakt, dass einige Menschen von reinen Digitalangeboten ausge-

schlossen werden“, so Skiba. Für sie ist das auch nachvollziehbar: „Die Menschen, die die Entscheidungen treffen, sind vielleicht 30 oder 40 Jahre – die haben einen ganz anderen Bezug zu dem Thema als Senioren.“ Deshalb sei es umso wichtiger, für das Thema zu sensibilisieren und klare Vorgaben zu machen.

Die könnten so aussehen: „Alle Dienstleistungen und Angebote sowohl von staatlichen



„Ich glaube, niemand macht das mit Absicht, aber es ist Fakt, dass einige Menschen von reinen Digitalangeboten ausgeschlossen werden.“

Gabriele Skiba

Behörden als auch von Dienstleistern, die im Sinne der Daseinsvorsorge tätig sind, wie Banken, Sparkassen, Post, ÖPNV und Deutsche Bahn müssen bis auf Weiteres verpflichtend neben digitalen Zugängen auch analoge Zugänge und Abwicklung ermöglichen. Den Menschen ohne digitalen Zugang dürfen dabei keine Mehrkosten entstehen.“ So fordert es der Arbeitskreis in seinem Antrag.

Gabriele Skiba möchte den Fortschritt nicht aufhalten. „Dass die Digitalisierung voranschreitet, ist gut und muss auch weitergehen“, stellt die SPD-Politikerin klar. Man müsse nur dafür Sorge tragen, dass bei dem ganzen Fortschritt niemand zurückgelassen werde. Sie weiß, dass einige Angebote in mittelfristiger Zukunft reine Online-Angebote sein werden. „Das ist auch in Ordnung so, aber solange es die Generation gibt, die sich damit gar nicht auseinandersetzt, müssen wir eben zweigleisig fahren, auch wenn das etwas mehr Aufwand bedeutet.“ Für sie ist das vor allem eine Frage des Respekts. „Niemand sollte ausgeschlossen werden.“

Skiba beobachtet, dass immer mehr Senioren bereit sind, sich in der digitalen Welt auszuprobieren. „Das sieht man alleine daran, wie viele Kurse und Angebote es von Initiativen wie den Computersenioren gibt, die sich um die Probleme der älteren und unerfahrenen Nutzer kümmern.“

Über den Antrag der Wolfratshauserin stimmt die Bundeskonferenz der SPD 60plus im Oktober ab, im Willy-Brandt-Haus in Berlin – ganz analog.
DOMINIK STALLEIN